Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1874

31.1.1874 (No. 26)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 31. Januar.

№ 26.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 2 fl. 7 kr.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.

1874.

Bestellungen auf die Karlsruher Zeitung für die Monate Februar und März werden bei der Expedition sowohl als bei sämmtlichen Postanstalten angenommen.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 26. d. M. gnädigst geruht, den Bezirksarzt A. Seeber in Tauberbischofsheim wegen vorgerückten Alters, unter Anerkennung seiner dem Staate treu geleisteten Dienste, in den Ruhestand zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Kaiserlichen Telegraphendirektor Friedrich Schwerd in Karlsruhe die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser und König von Preußen verliehenen Rothen-Adler-Ordens vierter Klasse zu ertheilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 20. Januar d. J. allergnädigst bewogen gefunden, dem Kürschner Karl Friedrich Klein in Heidelberg für die muthvolle, mit eigener Lebensgefahr vollbrachte Errettung eines Kindes vom Tode des Ertrinkens die silberne Rettungsmedaille zu verleihen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† **Berlin**, 29. Jan. Das Abgeordnetenhaus erledigte die Berathung mehrerer kleinen Vorlagen provinziellen oder weniger erheblichen Charakters, sowie die zweite Lesung des Kultusetats. Ein Antrag Eberty's auf Aufhebung der Domkapitularstellen in Naumburg und Zeitz wurde angenommen, ein Antrag Sauckens auf Streichung des Etatspostens für den Oberkirchenrath abgelehnt.

Eine lebhafte Debatte führte der Etatsposten von 16,000 Thalern für den altkatholischen Bischof Reinkens herbei. Miquel befürwortete die Bewilligung, Reichensperger und Mallinckrodt bekämpften dieselbe. Petri wies in einer mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede die Berechtigung der altkatholischen Bewegung nach. Der Kultusminister hob hervor, daß die Altkatholiken den Staatsgesetzen sich fügten und in dem Kampf gegen Rom mit der Staatsregierung einen Einigungspunkt hätten. Bei der Abstimmung wurde der Posten mit allen gegen die Stimmen des Zentrums und der Polen bewilligt. Nächste Sitzung morgen.

† **Berlin**, 29. Jan. Die „Germania" ist zu der Mittheilung ermächtigt, daß ein Zirkular Antonelli's, worin die von der „Köln. Ztg." veröffentlichte Konstitution über die Papstwahl als erfunden bezeichnet sei, von den Nunziaturen den Höfen notifizirt werden solle. Die ächte Bulle über die Papstwahl sei 1869 zur Wahrung der Freiheit des Konklaves gegenüber der italienischen Regierung erlassen.

† **Barcelona**, 29. Jan. Ein Angriff des Karlistenführers Saballs auf Colona de Farmes wurde trotz einer vermittelst Artillerie gelegten Bresche von den Vertheidigern, welche Barrikaden errichteten, abgeschlagen.

Deutschland.

⁂ **Straßburg**, 29. Jan. Von Haus zu Haus gehen seit den letzten Tagen die offiziellen, offiziösen und „unabhängigen" Briefträger, Packträger und Vertrauenspersonen, um ihre Kandidatenbriefe, Wahlzettel, vertrauliche Rundschreiben, theils unter Couvert, theils in fliegender Druckform an den Mann zu bringen. Der Wahlzettel mit dem Namen „Ernst Lauth, ehemaliger Maire" trägt an der Spitze wieder die beliebig denkbare Vignette mit einer Schwalbe, die schon bei den früheren Wahlen wahrscheinlich den „Frühling" bringen soll, bis heute aber nichts gebracht hat und nur immer wieder an eine dereinstige Zukunft verweist. Auch die Straßenecken decken sich mehr und mehr mit Wahlaffichen, darunter die der „Arbeiter", die sogar Sonntag Vormittag 10 Uhr eine letzte Wahlversammlung halten wollen. Bebel bleibt nach wie vor ihr Losungswort. — Ueber den schließlichen Ausfall der hiesigen Wahl braucht man sich einer Täuschung nicht hinzugeben. Die vereinte ultramontane chauvinistische Partei hat das entschieden numerische Uebergewicht. Von besonderem Interesse für uns werden aber hier, wie im ganzen Elsaß, die Minoritäten sein, welche bei der Wahl abfallen, und in dieser Hinsicht begegnet man auch unter den Elsässern selbst mitunter noch sehr sanguinischen Anschauungen. Denn sicher steht schon jetzt so viel, daß die auf die ultramontanen (bezhw. Protest-) Kandidaten fallenden Stimmen unbedingt Alles in sich vereinigen werden, was an effektiv deutsch-feindlichen Wählern im Lande vorhanden ist. Die Wahlenthaltung ist ja nachdrücklich selbst von der franz. Presse perhorreszirt und dringend allen Gegnern Deutschlands die Wahlpflicht auf die Seele gebunden worden. Wer sich demnach der Wahl enthalten wird, ist unbedingt den Freunden der neuen Ordnung der Dinge oder den politisch Indifferenten, d. i. den für uns ganz ungefährlichen Bewohnern des Landes zuzurechnen. Es wird demnach keines weitern Beweises dafür bedürfen, daß die aus den für gemäßigte Kandidaten, sowie aus den gar nicht abgegebenen Stimmen hervorgehenden Minoritäten für uns von besonderem Interesse sein werden — gleichviel, ob die noch zu hoffenden einzelnen Majoritäten erreicht werden oder nicht.

†* **Straßburg**, 29. Jan. Da ich Ihnen in meiner gestrigen Korrespondenz die Bezeichnung aller elsaß-lothringischen Reichstags-Kandidaten versprochen habe, so will ich heute die Liste derselben zu Ende bringen, wiewohl Sie schon in einem Artikel aus Mülhausen gestern die Mehrzahl dieser Kandidaten zusammengestellt Ihren Lesern mitgetheilt haben.

Im Oberelsaß sieht es recht schwarz aus. Dort dringt schon der rein konfessionelle Charakter der Wahlagitation mehr hervor. In Kolmar hängt die ultramontan-französische Partei an dem kath. Pfarrer Söhnlin, und der elsässische Kandidat Karl Grad, Gutsbesitzer von Logelbach, wird einen schweren Stand haben. In Gebweiler kandidirt im klerikalen Interesse der bekannte Ex-Regens von Zillisheim: Gürber. Sie wissen, daß dieser Herr s. Zt., als es sich um weltliche Inspizirung des Zillisheimer Priester-Treibhauses handelte, entgegen den Anordnungen seines Bischofs die Vorlage der Hausordnung verweigerte. Wohl hauptsächlich wegen dieser Heldenthat, die ein Streiflicht darauf wirft, welchen Gehorsam dieser Diener Gottes den Vorschriften weltlicher Gesetze angedeihen lassen wird, steht Gürber's Name auf der Wählerliste. Fast sicher ist anzunehmen, daß ihn der elsässische Gegenkandidat Fabrikant Schlumberger von Gebweiler aus dem Felde schlagen wird. Im Wahlbezirk Rappoltsweiler stehen ein ultramontaner Kandidat, Hr. Pfarrer Simonis, ein Professor Hr. Blech aus Markirch, und ein Elsässer, Hr. Ostermann, vorm. Bürgermeister von Ostheim, einander gegenüber. Duobus certantibus-tertius gaudet; hoffen wir, daß Letzterer Hr. Ostermann ist. In Mülhausen sind ebenfalls drei Kandidaten: Gutsbesitzer Häfely, der von den Ultramontanen unterstützte Unversöhnliche, Gutsbesitzer Grunelius von Modenheim, ein ruhigerer Elsässer, und Hr. Liebknecht, z. Z. im Gefängnisse zu Hubertusburg. Im Kreise Altkirch-Thann ist der Pfarrer Winterer der Mann, der das Deutsche Reich aus den Angeln zu heben verspricht. Ihm tritt der Regierungsrath v. Klöckler, ehem. franz. Sousprefekt, entgegen.

In Lothringen ist die Wahlagitation ohne Zweifel am schwächsten. In Metz steht dem Bischof Des Loges der s. Z. erste deutsche Präfekt Grf. Henkel-Donnersmark entgegen. Da der Vorschlag des Letzteren übrigens blos von der deutschen Partei ausgegangen ist, darf man leider an einen Wahlsieg bei ihm kaum denken. In Bolchen-Diedenhofen kandidirt der als nichtschwörendes Bezirkstags-Mitglied bekannte Arzt Dr. Abel gegen den mäßig und versöhnlich gesinnten Hrn. Secq de Crepy, ehm. Maire von Bolchen. In Saargemünd-Forbach ist der Gutsbesitzer Pougnet von Landorf der Hauptahn der Franzosen, während Bürgermeister Fulter von Brulange ein gemäßigteres Programm aufstellt. In Saarburg-Château-Salins kandidiren als Unversöhnliche Gutsbesitzer Germain Paté und Pfarrer Hilgues gegen den Kreisassessor Du Prél von Château-Salins.

Fassen wir nun ein kurzes Urtheil über diese Kandidaturen des Oberelsasses und von Lothringen, so fällt es für die deutsche und selbst elsässische Sache schlecht aus. Die Wahlen sind ohne Zweifel das reine Spiel des Zufalles. Es läßt sich fast nirgends übersehen, wie viel Anhänger die eine oder andere Partei hat. Trotz zahlloser Wahlen dürfte es keine für dieselben unselbständigere Bevölkerung geben, als die des Reichslandes. Früher, wo es offizielle Wahlkandidaten gab, bildete sich denselben gegenüber instinktiv eine scharfe und kompakte Opposition. Jetzt sich selbst überlassen, irren Schafe und Böcke ziellos umher, um entweder am Wahltage die Schlafmütze nur noch weiter über das Gesicht zu ziehen, oder um die Beute eines glücklich ihnen den Wahlzettel in die Hände drückenden Geistlichen oder Franzosen zu sein. Vielleicht ist am Sonntag das Glück dem Reichslande besonders günstig, und dann können wir hoffen, auch im Oberelsaß und vielleicht selbst in Lothringen ein par gemäßigte Abgeordnete für den Reichstag zu erhalten.

—mp. **Aus dem Oberelsaß**, 29. Jan. Die Thätigkeit der Arbeiterpartei hat in den letzten Tagen jede vorhergegangene Berechnung überflügelt und wird man nicht zu weit gehen, wenn man von dieser Wahlperiode an eine neue Epoche der Arbeiterparteien in Elsaß datirt. Mit dem Deutschenhasse und der Franzosenschwärmerei hatten bisher die Fabrikanten das überschüssige Arbeiterbewußtsein so ziemlich zu stillen gewußt. Jetzt tagt es dieser Sorte Staatsangehöriger, daß es für sie weit näher liegende Interessen gibt, als der Deutschenhaß. Besondere Thätigkeit für die Reichstags-Wahl wird auch in Gebweiler entwickelt, wo die schwarze Partei mit vollen Segeln gegen den Fabrikanten Jean Schlumberger ansegelt. Das „Journ. de Guebwiller" entwickelt dabei eine ungemeine Thätigkeit im Interesse Schlumberger's, der sich wiederholt mit warmen Ansprachen an seine Parteifreunde wandte und mit äußerstem Muthe gegen seine Feinde kämpft. Der Erfolg ist trotzdem zweifelhaft, da der Wahlkreis, namentlich in den gegen den Rhein hinaus gelegenen Dörfern von den Ultramontanen widerstandslos beherrscht erscheint. Der Sieg Schlumberger's würde manche Niederlage aufwiegen.

± **Metz**, 29. Jan. Die außerordentlichen Anstrengungen, welche in den letzten Tagen von der französischen Partei gemacht wurden, um die Wahl ihres bischöflichen Kandidaten mit möglichst großer Majorität durchzusetzen, veranlaßte unsern Wahlverein, auf gestern Abend zu einer allgemeinen Wahlversammlung in den obern Räumlichkeiten des Hotels du Nord einzuladen. In derselben sollte auch ein definitiver Vereinsvorstand gewählt werden; da aber außerdem eine Reihe dringender, auf die bevorstehenden Wahlen bezüglicher Angelegenheiten zu erledigen war, wurde die Verschiebung der genannten Vorstandswahl beschlossen. Der Hauptgegenstand der Besprechung war die Klärung der Lage bezüglich der neuerdings aufgetauchten deutschen Kandidaturen. Es wurde hiebei das Mißfallen der Versammlung darüber ausgedrückt, daß man bei Aufstellung derselben nicht mit der nöthigen Ueberlegung zu Werke gegangen sei, ja selbst dabei den der Wichtigkeit der Sache entsprechenden Ernst habe vermissen lassen. Darauf wurden die verschiedenen Wahlvorschläge, denen im übrigen Deutschland eine Bedeutung beigelegt ward, die ihnen nicht zukommt, kritisch beleuchtet und schließlich die Anwesenden aufgefordert, nach Kräften zu verhindern, daß aus Unkenntniß der Sachlage eine Zersplitterung der reichsfreundlichen Stimmen eintrete. Zugleich beschloß man einstimmig, die Kandidatur des Grafen Henkel von Donnersmark, welcher in diesen Tagen sein Programm veröffentlicht hat, beizubehalten und um so eifriger zu unterstützen, als die gegnerische Partei mit einer seither ungewohnten Rührigkeit daran arbeitet, alle ihre verfügbaren Wähler zur Urne zu führen.

H **München**, 29. Jan. Der König hat dem Staatsminister des königl. Hauses und des Aeußern v. Pfretzschner telegraphisch die allerhöchste Zufriedenheit mit dem Ausfall der Abstimmung bezüglich der Erhaltung der Gesandtschaften aussprechen lassen. — Das ultramontane „Vaterland" gesteht ein, daß die Ultramontanen in Bayern ihren Wahlsieg zum großen Theile den Hirtenbriefen der Bischöfe verdanken. In dieser Hinsicht verdient folgende Auslassung jenes Organs Beachtung:

Daß die Bischöfe durch ihre mächtigen Eindruck machenden Hirtenbriefe unser kath. Volk gewaltig aufrüttelten, das sieht Jedermann ein, die Gegner am besten. Den Männern, die im Kampfe für die gute Sache ergraut waren, die seit Jahren für ihre Ueberzeugung gestritten und gelitten, denen mochte das Herz in Wonne lachen, wenn sie die Worte aus berufenstem (!) Munde hörten, welche ihr Streben billigten und segneten. Wir haben es erfahren, daß Hunderte zu den Wahlen kamen, die ohne das Mahnwort der Bischöfe von der Wahl weggeblieben wären.

Darmstadt, 28. Jan. Nach einer Mittheilung der „Darmst. Ztg." haben vorigen Woche im Justizministerium die Berathungen über den Zivilehe-Gesetzentwurf begonnen.

Weimar, 27. Jan. (Fr. J.) Der Landtag trat gestern in seine legislatorischen Arbeiten in den Plenarberathungen ein. Es wurde der Regierungsvorschlag, die Kriegsentschädigungs-Gelder in garantirten Prioritäten oder Eisenbahn-Aktien, oder auch bei der weimarischen Bank anzulegen, genehmigt; ferner wurde zugestimmt, daß die Kassenanweisungen eingezogen und, soweit nicht Reichsmittel dazu verfügbar sind, die Kriegsentschädigungs-Gelder herangezogen werden. Ferner genehmigte der Landtag noch die vorgeschlagene Erhöhung des Beitrags zu den Kosten des thüringischen Zoll- und Handelsvereins.

** **Braunschweig**, 28. Jan. Die Landesversammlung hat heute die Berathung des Wahlgesetzes begonnen und beschlossen, zwei Lesungen desselben vorzunehmen. Bei der Debatte machten sich über die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und die Beibehaltung der Interessenvertretung noch sehr weit auseinandergehende Ansichten geltend. Morgen soll die Berathung fortgesetzt werden.

* **Berlin**, 28. Jan. Gestern hat bekanntlich der belgische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf d'Aspremont-Lynden, in der Abgeordnetenkammer erklärt, die deutsche Regierung habe an die belgische keine Note betreffend die Haltung der belgischen Presse, sowie die des Klerus gerichtet. Niemand wird dies mißverstehen. Eine Note hat der deutsche Gesandte, Hr. v. Balan, nicht eingereicht, aber die Vorstellungen, die er im Namen des Deutschen Reichs zu machen hatte, betrafen genau denselben Gegenstand. Im Verfolg der Interpellation Bergé er-

klärte der Minister, er habe, wie sein Vorgänger, an die Presse eine Aufforderung zu einer maßvollen und unparteiischen Haltung gerichtet. Er habe aus freiem Antriebe den gegen befreundete Mächte zu beobachtenden Rücksichten entsprochen. Dies ist Alles, wie es sein sollte, und die deutsche Regierung kann von der Handlungsweise der belgischen ganz befriedigt sein. — In den letzten Tagen dieser Woche wird eine Plenarsitzung des Bundesraths stattfinden, in welcher die Entwürfe des Reichs-Militärgesetzes und des Preßgesetzes zum Abschluß gelangen sollen, um dem Reichstage sofort nach seiner Konstituirung zuzugehen. Beide Entwürfe werden durch das Plenum des Bundesraths keine Abänderung der von den Ausschüssen vorgelegten Beschlüsse erfahren. — Der Bundesrath hat in seiner Sitzung am 12. d. M. beschlossen, daß fortan auch Fünfpfennigstücke geprägt werden sollen. — Der Ausgang der Stichwahl im 6. Berliner Wahlkreise und der Sieg des Hrn. Schulze-Delitzsch hat in weiten Kreisen lebhaft befriedigt, allein es wird nun doch zu einer Nachwahl kommen, da Hr. Schulze, wie es heißt, in Wiesbaden annimmt. — Es steht jetzt fest, daß das Abgeordnetenhaus sich noch vor der Vertagung mit den neuen kirchlichen Gesetzentwürfen beschäftigen wird, und zwar soll die erste Berathung derselben zwischen der zweiten und dritten Lesung des Budgets stattfinden. Die Gesetzentwürfe sollen alsdann einer Kommission zur weiteren Vorberathung überwiesen werden.

□ **Berlin**, 29. Jan. Der großh. badische Gesandte am königl. Hofe, Frhr. v. Türckheim, hatte gestern Abend ein Gesellschaftsfest veranstaltet, welches sehr zahlreich besucht war. — Zur Theilnahme an den Verhandlungen des Bundesraths traf heute Mittag der k. bayrische Justizminister Dr. Fäustle aus München hier ein. Derselbe wurde bei seiner Ankunft auf dem Anhaltischen Bahnhof von dem k. bayrischen Gesandten Frhrn. v. Perglas empfangen. — Zwischen der k. bayrischen Regierung und der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen sind über das Recht zur Besteuerung der in Elsaß-Lothringen garnisonirenden k. bayrischen Offiziere Meinungsverschiedenheiten entstanden, indem beide dies Recht in Anspruch nehmen. Die Landesverwaltung hat nun die Entscheidung des Bundesraths angerufen. — Von den Bundesraths-Ausschüssen für Elsaß-Lothringen und für Rechnungswesen wird beim Bundesrathe beantragt, bei dem Etat von Elsaß-Lothringen die Etatsüberschreitungen vom Jahre 1872 mit 1,562,958 Frcs. und die außeretatsmäßigen Ausgaben mit 389,054 Frcs. vorbehaltlich der Rechnungsrevision zu genehmigen und sich damit einverstanden zu erklären, daß ein Theil dieser Etatsüberschreitungen durch Mittel des Fonds für unvorhergesehene Ausgaben gedeckt worden ist. — Der Gesetzentwurf betr. die Abänderung einiger Bestimmungen der Bundes-Gewerbeordnung war den vereinigten Bundesraths-Ausschüssen für Handel und Verkehr und für Justizwesen zur Prüfung überwiesen worden. Diese Ausschüsse haben nunmehr ihren Bericht erstattet und sich für die beantragte Neuregelung der bezüglichen Fragen ausgesprochen. Insbesondere wird hervorgehoben, daß die in zahlreichen Petitionen befürwortete Bestrafung des Kontraktbruches sich als ein dringendes Bedürfniß herausstelle.

Schweiz.

Aus dem Jura, 28. Jan. (Bund.) Oberstleutnant Hofer hat folgenden Tagesbefehl an die in Dienst berufene Mannschaft erlassen:

Soldaten! Der Regierungsrath hat sich veranlaßt gesehen, das Truppenaufgebot in Betreff der Ruhestörungen im Jura zu vermehren. Mit dem Oberbefehl beauftragt, liegt es mir ob, Euch mit der gegenwärtigen Aufgabe näher bekannt zu machen. Die Regierung ist weit entfernt, auf die Glaubensansichten einwirken zu wollen, dagegen fest entschlossen, den Vorschriften der Gesetze und den Anordnungen der Staatsbehörden Anerkennung zu verschaffen, sowie den Hetzereien und Verfolgungen eines Theils der Bevölkerung gegen Andersgesinnte wirksam entgegen zu treten. Euere Aufgabe ist es, dieses Bestreben nachhaltig zu unterstützen und durch Euere Gegenwart, zumal durch taktvolles Benehmen, unsere Mitbürger zur Anerkennung der staatlichen Autorität, zur Ruhe und Ordnung zurückzuführen. Sollet Ihr diesen Zweck erreichen, so müsset Ihr vor Allem auch durch das eigene Beispiel in der Achtung abweichender religiöser Gesinnungen und Gebräuche, in Gehorsam und Betragen auf die Bevölkerung einwirken. Indem ich dies von Euch erwarte, grüße ich Euch kameradschaftlich. — (Unterschrift.)

Frankreich.

Paris, 28. Jan. (Köln. Z.) An der Börse war das Gerücht verbreitet, daß Bilbao von den Karlisten eingenommen worden sei. — Louis Veuillot hat von Frohsdorf und vom Vatikan Beglückwünschungsschreiben wegen seines Auftretens erhalten. — Die Nachricht der Blätter, daß die äußerste Rechte die Interpellation in Betreff des „Univers" aufgegeben habe, ist nicht begründet. — Der beigeordnete Bürgermeister von Valence, den der Gemeinderath aufgefordert, dem bürgerlichen Leichenbegängniß eines Doktors Benois anzuwohnen, und die Gemeindelehrerin, welche an demselben gleichfalls betheiligt war, sind abgesetzt, das Kaffeehaus, in welchem die Leidtragenden sich nach dem Begräbniß versammelten, geschlossen worden. — Im Rhone-Departement wurde der Verkauf des Blattes „Petit National" verboten. Die Provinzialbehörden schreiten jetzt übrigens auch gegen die Legitimisten ein. Im Departement Isère wurde eine Petition von Damen an den Graf Chambord mit Beschlag belegt.

△ **Paris**, 29. Jan. Der Dreißiger-Ausschuß hielt gestern eine Sitzung, welche nicht weniger als vier Stunden dauerte. Nach einer äußerst lebhaften Debatte, an der sich die HH. Delsol, Kerdrel, Dufaure, Cézanne u. A. betheiligten, verwarf der Ausschuß einstimmig das bisher herrschende Listenskrutinium mit 13 gegen 8 St., ebenso das Dufaure'sche System der Ernennung je eines Abgeordneten durch ein Arrondissement, und wiederum einstimmig das von Hrn. v. Belcastle vorgeschlagene System. Nach diesen Abstimmungen dürfte der Ausschuß sich aller Wahrscheinlichkeit nach für das gemischte System des Herzogs von Broglie entscheiden, wornach die Departements in Wahlbezirke zerlegt werden sollen, deren jeder mittelst Listenskrutiniums zum mindesten zwei und höchstens drei Abgeordnete zu ernennen hätte.

Die zweite Unterkommission für die Heeresorganisation (Cadres und Schulen) faßte heute wichtige Beschlüsse. Sie entschied, daß nur das Staatsoberhaupt, der Kriegsminister und der Generalgouverneur von Algerien das Recht haben sollen, Adjutanten aus dem Generalstabs-Korps zu wählen. Eine Diskussion entspann sich über die Frage, ob das Staatsoberhaupt in dem Gesetze den Titel: „Präsident der Republik" führen solle. Die Frage wurde verneinend entschieden. Die Oberbefehlshaber der Armeekorps und die Divisionsgenerale sollen ihren Generalstabs-Chef selbst ernennen; unter diesem stehen dann die Offiziere des Generalstabs. Die Oberbefehlshaber und die Divisionsgenerale sollen ihre Ordonnanzoffiziere aus allen Armeekorps wählen können. Das Korps der Ingenieur-Geographen soll als selbständiges Korps wiederhergestellt werden und eine Sektion des Generalstabs bilden. Die Militärgerichtsbarkeit soll in jedem Korps von dem Generalstabe geleitet werden.

Zur Vertheilung gelangte heute der Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf, nach welchem die Herzoge von Alençon und Penthièvre definitiv mit ihren Graden in die Armee aufgenommen werden sollen. Die Kommission beantragt die Annahme des Entwurfs, nur mit der Maßgabe, daß die Anciennetät für die prinzlichen Offiziere erst vom Tage der Promulgirung des Gesetzes ab laufen soll.

Zu der neuesten Auslassung der Berliner „Provinzial-Korresp." bemerkt der offiziöse „Français" ärgerlich, es bestehe in Frankreich ebensowenig eine „ultramontane" als eine „gallikanische" Partei; diese Ausdrücke hätten durchaus keinen Sinn und die französische Regierung habe mit der „ultramontanen Partei" nicht „brechen können, weil die letztere nur in der Einbildungskraft der überrheinischen Journalisten existire". Die Replik ist noch höflich im Vergleich zu jener, welche die „Assembl. nat." dem Berliner Regierungsorgan zu Theil werden läßt. Das genannte Blatt schreibt u. A.:

Die öffentliche Meinung in unserem Lande möge sich durch die verstellte Wuth der offiziösen Presse in Berlin nicht länger täuschen lassen! Eine sehr hohe Position fühlt sich dort gewaltig erschüttert und belästigt; aber von einer wahrhaft nationalen Kundgebung ist keine Rede. In Deutschland wie in Frankreich gibt es ein öffentliches Gewissen, welchem man nicht Alles aufzwingen kann. Wie duldsam das deutsche Gewissen in Glaubenssachen auch sein mag, niemals wird man es in eine ernste Feindschaft fortreißen können, die es nun einmal gegen den katholischen Glauben Frankreichs nicht empfindet.

Hr. Emil Ollivier wird heute Abend in Paris erwartet.

Großbritannien.

London, 28. Jan. (Köln. Z.) Die Beschlüsse des Sympathie-Meetings gehen nebst einem warmen Begleitschreiben Earl Russel's morgen früh durch einen außerordentlichen Kurier an den Deutschen Kaiser ab.

Badischer Landtag.

* **Karlsruhe**, 30. Jan. 25. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Die gestern Abend 5 Uhr wieder aufgenommene Sitzung währte bis 8 Uhr und wurde dabei die Städte-Ordnung in der von der Kommission beantragten Fassung bis mit § 13 (s. Beil.) angenommen.

In der gestrigen Abend-Sitzung kamen noch folgende Petitionen als neu eingegangen zur Verlesung:

1) Eingelaufen beim Sekretariat: Bitte der Gemeinden Gremmelsbach, Langenschiltach, Katholisch Thennenbronn, Evangelisch Thennenbronn, Reichenbach, Triberg und Hornberg um Errichtung einer Haltstelle in Gremmelsbach betr.

2) Uebergeben von dem Abg. Turban: Bitte der Gemeinden Nußbach und Rohrbach um Aufhebung der §§ 72 bis 75 der Gemeinde-Ordnung über die Vorausbeiträge betreffend.

* **Karlsruhe**, 30. Jan. 26. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer; unter Vorsitz des Präsidenten Kirsner.

Auf der Ministerbank Staatsminister Dr. Jolly und Ministerialrath Winnefeld.

Es kommen folgende Petitionen als neu eingegangen zur Verlesung:

1) Bitte von pensionirten Unteroffizieren und Soldaten des frühern großh. badischen Armeekorps um Erhöhung ihrer Pensionen betreffend.

2) Bitte der unterzeichneten evangel. Geistlichen der Diözese Adelsheim, die Erlassung eines kirchlichen Umlagegesetzes betreffend.

3) Bitten der Gemeinden Geisingen und Neuenburg, die Beseitigung der Vorausbeiträge betreffend. (1—3 eingelaufen beim Sekretariat.)

4) Bitten der Gemeinden Wiesloch, Malsch, Spathausen, St. Leon, Baierthal, Rettigheim und Dielheim, Vergütungen von Einquartierungskosten betreffend; übergeben von dem Abg. Stösser.

5) Bitten der Gemeinden Ehrstadt, Zutzenhausen, Bargen, Eschelbach, Hoffenheim, Dühren, Grombach, Neckarbischofsheim, Epfenbach, Eichtersheim, Michelfeld, Neidenstein, Wollenberg, Reichartshausen, Flinsbach und Sinsheim, die Vergütung von Einquartirungskosten betreffend; übergeben von dem Abg. Bengel.

Die §§ 14, 15, 16, 18, 19, 19a, 19b und 19c werden vom Hause nach dem Kommissionsantrag angenommen, dagegen nach eingekommenem Antrage des Abg. Lauter u. Gen. für den § 17, die Wahldauer des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten betr., die Zurückverweisung an die Kommission beschlossen, ebenso in Betreff der §§ 19d—19g, die Pensionirung der städtischen Beamten betr., nachdem auch hier verschiedene Abänderungsanträge eingekommen sind. Gegen ½12 Uhr tritt eine Pause in den Verhandlungen des Plenums ein, in welcher die Kommission mit den Regierungsvertretern zur weitern Berathung und Vereinbarung zusammen tritt.

Gegen 12 Uhr wird die Verhandlung im Hause fortgesetzt, und finden die betreffenden Paragraphen in der eben von der Kommission beschlossenen Fassung Annahme, ebenso die weitere bis § 34 inbegriffen. Hierauf tritt eine Vertagung bis 4 Uhr Nachmittags ein.

Der Entwurf der Städte-Ordnung trägt nun nach den heutigen Beschlüssen von § 14 ab folgende Gestalt (die vorhergehenden Paragraphen s. in der Beil.):

§ 14. Bei der Wahl des Oberbürgermeisters oder eines Beigeordneten gilt als erwählt Derjenige, für welchen die absolute Mehrheit aller Wahlberechtigten gestimmt hat. Wenn in drei Wahl-Tagfahrten eine giltige Wahl aus dem Grunde nicht zu Stande kommt, weil Keiner die erforderliche Stimmenzahl in sich vereinigt oder der Gewählte nicht wählbar ist, so ist das Ministerium des Innern berechtigt, einen Kommissär zu ernennen, welcher die Stelle auf Kosten der Stadt verwaltet, bis eine giltige Wahl getroffen ist. Spätestens nach Ablauf eines Jahres muß eine erneuerte Wahl vorgenommen werden. Das Nämliche ist der Fall, wenn die Vornahme einer zweiten oder dritten Wahl verweigert wird.

§ 15. Bei der Wahl der Stadträthe entscheidet die relative Mehrheit der erschienenen Wahlberechtigten.

§ 16. Die Wahl des Oberbürgermeisters leitet die ihm zunächst vorgesetzte Staats-Verwaltungsbehörde mit Zuziehung von zwei Urkundspersonen, welche der Stadtrath aus der Mitte des Bürgerausschusses wählt. Die Wahl der übrigen Mitglieder des Stadtraths leitet der Oberbürgermeister unter Zuziehung des Rathschreibers und zweier Stadträthe als Urkundspersonen. Die Wahl geschieht mittelst geheimer Stimmgebung. Die Wahlordnung wird durch Verordnung bestimmt.

§ 17. Der Oberbürgermeister und die Beigeordneten werden je auf neun Jahre gewählt, dieselben sind jeder Zeit wieder wählbar. Das Ortsstatut bestimmt die Frist, innerhalb welcher im Falle der Erledigung der Stelle des Oberbürgermeisters oder eines Beigeordneten durch Tod oder Austritt zu einer neuen Wahl zu schreiten ist.

§ 18. Die Stadträthe werden auf 6 Jahre gewählt; alle drei Jahre scheidet die Hälfte aus und wird durch neue Wahlen ersetzt. Die Ausscheidenden können wieder gewählt werden. Wird die Stelle eines Stadtraths durch Tod oder Austritt erledigt, so wird von dem Bürgerausschuß sofort die Ergänzungswahl für die ganze noch übrige Amtsdauer des Abgegangenen vorgenommen.

§ 19. Außer den in § 53 bezeichneten Amtsbefugnissen steht dem Stadtrath zu: 1) die Verwaltung des örtlichen Schulvermögens und die örtliche Aufsicht über die städtischen Lehranstalten; über die Volksschulen in dem Umfang, wie sie auf Grund des Gesetzes vom 8. März 1868 über den Elementarunterricht seither dem Orts-Schulrath übertragen war; über andere städtische Lehranstalten nach Maßgabe ihrer Statuten; 2) die Verwaltung der örtlichen öffentlichen Armenpflege.

§ 19a. Für einzelne Verwaltungszweige können zur Unterstützung des Stadtraths besondere bleibende städtische Kommissionen gebildet werden, deren Einrichtung und Wirkungskreis in dem Ortsstatut oder durch Gemeindebeschluß mit Genehmigung des Ministeriums des Innern zu bestimmen ist. Jeder Kommission muß ein Mitglied des Stadtraths als Vorsitzender angehören; im Uebrigen kann sie aus Mitgliedern des Stadtraths, des Bürgerausschusses und aus andern Bürgern zusammengesetzt werden. Sämmtliche Mitglieder werden vom Stadtrath ernannt. Der Oberbürgermeister ist jederzeit berechtigt, den Kommissionssitzungen beizuwohnen, und wenn ihm das ausnahmsweise nöthig oder zweckmäßig erscheint, in einer einzelnen Kommissionssitzung den Vorsitz zu übernehmen. Die Kommissionen sind dem Stadtrath untergeordnet, welcher über Beschwerden gegen dieselben vorbehaltlich des Rekurses zu beschließen hat. Die §§ 23 bis 26 finden auch auf diejenigen Kommissionsmitglieder Anwendung, welche nicht zugleich Stadträthe sind.

§ 19b. Besondere Kommissionen müssen 1) für die Schulangelegenheiten, 2) für das Armenwesen und 3) für die öffentliche Gesundheitspflege bestellt werden. Zu den Berathungen und Beschlußfassungen in Angelegenheiten der Volksschule soll den Ortspfarrern der verschiedenen Konfessionen und den Volksschullehrern eine durch das Ortsstatut näher bestimmte Vertretung gesichert werden. In der Armenkommission und in der Kommission für die öffentliche Gesundheitspflege sollen die Armenärzte und, wo die Lokalpolizei einer Staatsstelle übertragen ist, der Polizeibeamte, in der ersteren außerdem ein Ortspfarrer jeder Konfession und in der letzteren der Bezirksarzt Sitz und Stimme haben.

§ 19c. In Bezug auf die einstweilige Enthebung vom Dienst und die Dienstentlassung unterstehen die Beigeordneten den gleichen Bestimmungen wie der Oberbürgermeister (§§ 23 bis 26).

§ 19d. Der Oberbürgermeister und die Beigeordneten haben, sofern nicht für sie vortheilhaftere Bestimmungen durch besondere Vereinbarung getroffen sind, bei eintretender Dienstunfähigkeit oder wenn sie nach abgelaufener Wahlperiode nicht wieder gewählt werden, nach im Ganzen achtjähriger Dienstzeit ein Viertel, nach im Ganzen sechszehnjähriger Dienstzeit die Hälfte, und nach im Ganzen vierundzwanzigjähriger Dienstzeit zwei Dritttheile der Besoldung als Pension zu beziehen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Nur die feste Besoldung mit Ausschluß von Gebühren und sonstiger wandelbarer Bezüge und nur die in die Zeit nach Einführung dieses Gesetzes fallenden Dienstjahre werden der Berechnung der Pension zu Grunde gelegt.

§ 19 e. Das Ortsstatut bestimmt, für welche Dienstzweige besondere städtische Beamte bestellt, welche von diesen auf Lebenszeit angestellt werden können und wie bei der Besetzung dieser Stellen verfahren wird.

§ 19 f. Die auf Lebenszeit angestellten städtischen Beamten erhalten in Ermangelung besonderer Vereinbarung bei eintretender Dienstunfähigkeit nach zwölf Dienstjahren die Hälfte, nach vierundzwanzig Dienstjahren zwei Drittheile der Besoldung als Pension.

Nur die feste Besoldung mit Ausschluß von Gebühren und sonstiger wandelbarer Bezüge und nur die in die Zeit nach Einführung dieses Gesetzes fallenden Dienstjahre werden der Berechnung der Pension zu Grunde gelegt.

§ 19 g. Die Pension (§ 19 d und 19 f) fällt insoweit und insolange weg, als der Pensionirte in Folge anderweiter Beschäftigung oder Anstellung im Staats- oder Gemeindedienst ein Einkommen bezieht, welches mit Zurechnung der Pension sein früheres Einkommen übersteigt.

III. In Titel II. fällt das zweite Kapitel (§§ 29 bis 32) weg.

IV. Im dritten Kapitel des Titel II. treten folgende Aenderungen ein:

§ 33. Der städtische Bürgerausschuß besteht: a. aus den Mitgliedern des Stadtraths, b. aus den gewählten Stadtverordneten. Derselbe tritt an die Stelle der Gemeindeversammlung in den andern Gemeinden.

Die Zahl der Stadtverordneten beträgt in Städten mit weniger als 1000 Bürgern 48, mit 1001 bis 1500 Bürgern 60, mit 1501 bis 2000 Bürgern 72, mit mehr als 2000 Bürgern 96.

§ 34. Wahlberechtigt zur Wahl des Bürgerausschusses ist jeder Stadtbürger, der sich nicht in einem der Fälle des § 7 d. befindet. (Forts. folgt.)

Badische Chronik.

* Karlsruhe, 29. Jan. Gestern hielt Hr. Stadtpfarrer Flad von Bretten den vierten Protestantenvereins-Vortrag in der Aula des Gymnasiums über Gustav Adolf. Diese Vorträge finden, seit sie sich wesentlich der historischen Betrachtung der Dinge zugewendet haben, eine wachsende Zuhörerschaft aus allen Kreisen der hiesigen Bevölkerung. Auch Hr. Flad verstand es, durch seine kompendiöse, geschmackvolle Darstellung der Lebensgeschichte des großen Schwedenkönigs die Versammlung zu fesseln und auch die Gestalten eines Tilly und Wallenstein, die Familienszenen und Feldschlachten in farbigen Bildern lebendig und anschaulich vorzuführen und so dem von Dr. Schellenberg gegebenen Bilde der Zeit Bonifazius VIII., dem von Dr. Holtzmann entrollten Bild der scholastischen Weltanschauung, und dem von Stadtvikar Trautz gezeichneten Reformkonzil von Konstanz, eine anschauliche Schilderung der Zeit des 30jährigen Krieges anzureihen. Mittwoch den 4. k. M. wird nun noch Hr. Stadtvikar Hasenklever von Freiburg eine historische und kunstgeschichtliche Darlegung der Marien-Verehrung folgen lassen.

Eppingen, 28. Jan. (Hdb. Ztg.) Der vor einigen Wochen gefaßte Beschluß des hiesigen Gemeinderaths, die hiesige höhere Bürgerschule in ein Realgymnasium umzuwandeln, ist nun auch gestern vom Bürgerausschuß einstimmig genehmigt worden.

§ Heidelberg, 29. Jan. Seit die Klerikalen merken, daß der Altkatholizismus, weit davon entfernt, im Sande zu verrinnen, wie sie mit trügerischer Sicherheit verkündet, vielmehr überall mehr und mehr vorwärts kommt, spannen sie, wie überall, so auch hier alle Kräfte an und scheuen kein Mittel, der stets schwellenden Bewegung entgegenzuarbeiten. Besonders energisch betreiben sie die Versuche, einzelne von den hiesigen Unterzeichnern der Altkatholiken-Adresse zum Widerruf zu bringen, sei es durch Versprechungen, sei es durch Drohungen. Letztere Methode wurde kürzlich bei einem Lehrer in Schlierbach in einer Weise angewendet, welche sich der richtigen Bezeichnung an dieser Stelle entzieht, aber gleichwohl vollständig erfolglos blieb. — In der Landes-Feuerversicherung liegen 4474 zu 15 Millionen 440,600 fl. veranschlagte Gebäude, an Gebäudefünfteln sind 2½ Million und an Fahrnissen für 1,862,000 fl. versichert. — Das großherzogliche Bezirksamt hat auf Veranlassung des Handelsministeriums das Legen von Schlingen zum Fange sogenannter Krammetsvögel, sowie überhaupt das Tödten und Feilbieten derselben bei Strafe verboten und unter dieses Verbot nicht nur die eigentlichen Krammetsvögel, nämlich die Wachholder- und Misteldrossel, sondern auch andere Drosselarten, Amseln und Spechte einbegriffen, da der Nutzen dieser Thiere für die Waldkultur durch Vertilgen einer Masse kleiner vegetationsfeindlicher Insekten ein erwiesener ist.

Mannheim, 28. Jan. Mit Recht verwahrte sich Direktor Kreyßig, als er gestern Abend in der Aula seinen Vortrag über „unsere soziale Bewegung im Spiegel der zeitgenössischen Literatur vom Schillerfeste bis zur Gegenwart" begann, gegen die Anfechtungen, welche der gleiche Vortrag in Frankfurt erfahren hat. Denn, höchstens abgesehen von der stark persönlich gefärbten Schilderung Lasalle's, der freilich jetzt auch in den Frankfurter Jobberkreisen als Heiliger ad hoc verehrt wird, bewegt sich der ganze Vortrag in dem Rahmen einer geistreichen literaturgeschichtlichen Studie ohne verletzenden Beigeschmack und mit überraschend wirksamen Argumenten. Kreyßig sucht nachzuweisen, daß den gewaltigen Fortschritten Deutschlands in politischer Beziehung kein entsprechender sozialer Fortschritt zur Seite stehe, daß, wie zur Zeit der Frau von Staël, auch jetzt noch in Deutschland „die Gesellschaft" fehle, in welcher Richtung er sich auf den noch nicht ausgeglichenen Gegensatz von Adel und Bürgerthum und auf die soziale Widerwilligkeit gegen die Juden, und den Ausdruck dieser beiden Erscheinungen in der neuesten Literatur berief. Deutschland könne in beiden Richtungen noch manches von den hochzivilisirten Kulturvölkern des Westens lernen. Redner lebt aber der besten Hoffnung auch in dieser Richtung, da die zweite soziale Hauptfrage, die Frauen-Frage, vorzugsweise in Deutschland einer vernünftigen, nachhaltigen Lösung entgegengehe, und die große Frage des Tages, das Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit, bei uns, trotz der heftigen, gerade neuerdings aufgetriebenen Blasen, nicht, wie in Frankreich, durch Wechsel zwischen Grausamkeit und Schwäche, sondern durch ernstes Eingehen der Regierungen und der Gesetzgebung und durch liebevolle Vermittlung der Literatur ihrer Erledigung zugeführt werde. Mit der Hoffnung auf eine Lösung der sozialen Frage im Sinne germanischer Tüchtigkeit schloß der Redner seinen fesselnden, von den zahlreichen Hörern mit lebhaftem Dank aufgenommenen Vortrag.

Mannheim, 29. Jan. In Folge der neuen Regelung des Vizinalstraßenwesens werden die einzelnen Kreise eine stattliche Anzahl von Kreisbediensteten erhalten. Der Kreisausschuß Mannheim wird in nächster Zeit zwei Straßenmeister und 29 Straßenwarte (deren 10 im Amtsbezirke Schwetzingen, 8 im Amtsbezirke Mannheim und 7 im Amtsbezirke Weinheim) anstellen, erstere unter den auch Seitens der Staatsbehörden für Straßenmeister, letztere unter den für Straßenwärter der Landstraßen aufgestellten Bedingungen. Die Uebernahme der Sorge für die Vizinalstraßen führt unserer Kreisverfassung ein neues Element der Lebensfähigkeit zu — Für das Denkmal der hier standrechtlich Erschossenen sind außer dem Ertrage der ersten Sammlung mit 839 fl. 36 kr. in Folge des neulichen Aufrufs weitere 112 fl. 9 kr. eingegangen. — Im Kasino, welches seinen Mitgliedern reiche Belehrung bietet, hält heute Professor Dr. Lauer von Heidelberg einen Vortrag über Bernhard Palissy (geboren 1510, gestorben 1589), welcher außer seinen Entdeckungen in der Geologie und Chemie sich durch die Erfindung und Herstellung schöner irdener und künstlerisch durchgeführter Figuren geschmückter Gefäße berühmt gemacht hat.

✱ Vom Bodensee, 28. Jan. Die von dem Hrn. Staatsminister Dr. Jolly in der 23. öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer bezüglich der gerüchtweise beabsichtigten Aufhebung verschiedener Bezirksämter abgegebene — sehr bestimmte — Erklärung hat nicht verfehlt, allenthalben einen beruhigenden Eindruck hervorzurufen und die in dieser Richtung mehrfach geäußerten Besorgnisse zu zerstreuen.

Unsere Getreidemärkte sind andauernd belebt, obwohl die Preise stetsfort eine feste Haltung behaupten. Von der Schranne zu Ueberlingen fand in jüngster Zeit ein umfangreicher Export nach der Ostschweiz statt. Auch der Monat Januar war — gleich dem Dezember — theilweise von Regen bei milder Temperatur begleitet. Doch liegt bis jetzt keine Berechtigung vor, mit dem Stande der Saatfelder unzufrieden zu sein, wiewohl die abnormen Witterungsverhältnisse vielseitig zu Befürchtungen Anlaß geben, da eben auf solche gelinde Winter nicht selten ein weniger günstiges Frühjahr erfolgt, wie es auch im vorhergegangenen Jahr der Fall war. Indessen war im Januar 1859 ein ähnlicher Witterungscharakter vorherrschend, und es darf nach dem gegenwärtigen Stande der Wintersaaten, der Reben und Obstbäume immerhin noch einem gesegneten Jahrgang entgegengesehen werden.

Die Holzpreise sind in einem fortwährenden Steigen begriffen. In ärarischen Waldungen wurde dieser Tage das Klafter buchenes Scheiterholz mit 22 fl. bis 24 fl., das tannene Scheiterholz mit 19 fl. bis 20 fl. bezahlt. Aus einzelnen Forlenstämmen wurde die Summe von 99 fl. bis 116 fl. erlöst.

Die 1873er Weine haben, wie wir hören, auf Lager beträchtlich gewonnen und werden immer mehr geschätzt. Die bessern Rothweine des vorigen Jahres sind fast überall zu hohen Preisen verkauft worden.

Der neue Bahnhof in Schwackenreuthe, mit welchem eine treffliche Restauration verbunden ist, wurde noch in der ersten Hälfte dieses Monats bezogen.

* Wie man uns aus Konstanz schreibt, wird mit dem gestern mitgetheilten hofgerichtlichen Urtheil in dem Spitalkirchen-Streit die Sache schwerlich abgethan sein, denn es werde beabsichtigt, den Prozeß durch alle Instanzen durchzuführen.

✉ Vom See, 29. Jan. Es ist eine Thatsache, die man schon bei den letzten Reichstags-Wahlen beobachten konnte, daß die ultramontane Partei in einer Anzahl von Gemeinden, welche seither ausschließlich zu ihrem Domanium zu gehören schienen, bemerkbare Rückschritte gemacht hat. Der gesunde Sinn unseres Volkes erträgt die roher, fanatischen Hetzereien dieser Leute nicht auf die Dauer, und wenn sie einmal in einer Gemeinde eine Zeit lang geherrscht haben, so bringen sie sich meist selbst um den Kredit. Dies kann man unter Anderm auch von der Gemeinde Hagnau, dem Wohnsitz des vielredenden Abg. Hansjakob, sagen, welche plötzlich gegen alles Herkommen anfängt, liberal zu wählen. Die kürzlich vorgenommenen Bürgermeister- und Gemeinderaths-Wahlen sind ganz entschieden in diesem Sinne ausgefallen. Wie es scheint, finden die Pfarrkinder des Hrn. Hansjakob nachgerade eben so wenig Geschmack an seinem Auftreten in ihrer Gemeinde, als das gebildete Publikum im Seekreis Geschmack findet an seinem Benehmen als Abgeordneter.

Vermischte Nachrichten.

* München, 29. Jan. Die „Hoffm. Korresp." schreibt: Der Großh. bad. Kammersänger, Hr. Hauser, war schon vor Beginn der jüngsten Aufführung des „Tannhäuser" von Unwohlsein befallen; während der Vorstellung verschlimmerte sich sein Zustand sehr bedeutend, und nur, um die Vorstellung nicht zu stören, sang Hr. Hauser die Partie des „Wolfram" dennoch zu Ende. Die Wiederholung der Gluck'schen Oper „Iphigenia in Aulis" mit jedem Gaste als „Agamemnon" ist jedoch leider unmöglich geworden.

— Aus Rheinhessen, 29. Jan. (Fr. J.) Es hat sich ein Eisenbahn-Komité gebildet, welches die Vorarbeiten für den Bau einer direkten Eisenbahn von Grünstadt nach Worms fertigen zu lassen beabsichtigt und bei der Zweiten Kammer wegen Veranlassung dieser Erlaubniß nachsucht.

** Paris, 29. Jan. In der heutigen Sitzung der Akademie wurden Caro, Mezieres und Alexander Dumas zu Mitgliedern gewählt. Thiers, Viktor Hugo, die Herzoge von Aumale und von Broglie waren in der Sitzung erschienen und nahmen an der Abstimmung Theil.

Nachschrift.

† Berlin, 30. Jan. Der „National-Ztg." zufolge wird hier nächstens eine Versammlung von Männern aller Berufsklassen zum Zweck der Veranstaltung einer Erwiederungs-Kundgebung auf die Resolutionen des Londoner Sympathie-Meetings beabsichtigt. Die hervorragendsten Landtags-Mitglieder aller Fraktionen, ausgenommen die ultramontane, werden für die Betheiligung wirken. In den nächsten Tagen wird eine kleinere Versammlung über Ort, Zeit und weitere Arrangements beschließen.

† Bern, 29. Jan. Nationalrath. Der Bundespräsident Schenk und der Bundesrath Ceresole konstatiren auf die Interpellation, die ultramontanen Umtriebe betreffend, deren Vorhandensein, der Bundesrath habe aber seine Maßnahmen getroffen. Vuilleret habe sich als Verfasser des von „Confédéré" veröffentlichten Memorials bekannt und Abbé Collet, bei welchem das Ballot Interventionsgesuche aus Bar-le-Duc vorgefunden wurde sei verhaftet. Vuilleret behauptet, das Memorial als Advokat verfaßt zu haben. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen, wird zur Tagesordnung übergegangen und ein Antrag, den im Vuilleret'schen Memorial enthaltenen Theorien die Verachtung der Versammlung auszusprechen, in der Hoffnung, derselbe werde seinen Sitz im Nationalrath aufgeben, zurückgezogen.

† Paris, 29. Jan. In der heutigen Sitzung des Munizipalraths beantragten 35 Munizipalräthe, für die Repräsentation von Paris 60,000 Fr. auszusetzen. Metivier beantragte gleichzeitig, 40 000 Fr. für die Familien und Frauen deportirter Communemitglieder zu bewilligen. Der Präsident Vautrain verlangte Beseitigung des Antrags Metivier durch Annahme der Vorfrage. Der Antrag, über welchen dennoch abgestimmt wird, wurde verworfen. Vautrain reichte darauf seine Entlassung ein, worauf der Seine-Präfekt die Sitzungen des Munizipalraths schloß.

† Versailles, 29. Jan. Die Nationalversammlung nahm ohne Debatte eine Zusatzkonvention zu dem Handelsvertrag mit England an. Gambetta unterstützt einen von Loysel eingebrachten Antrag, wonach das Budget für 1875 von der Armeekommission und der Budgetkommission gleichzeitig berathen werden solle, und sagt: „Sowohl der gegenwärtige Zustand Europas als auch das nationale Interesse gebieten uns, unsere militärischen Kräfte zu entfalten. Man muß einen Ueberfluß schaffen, um das Nothwendige zu haben." Der Antrag wurde verworfen.

Hamburg, 25. Jan. Das der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft gehörende Post-Dampfschiff „Pommerania", Kapitän Schwensen, ging, expedirt durch Hrn. August Bolten William Miller's Nachfolger, am 20. Jan. via Havre nach New-York ab.

Frankfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 30. Jan., die übrigen vom 29. Jan.)

Staatspapiere.

Preußen 4½% Obligation.	105½	Luxemburg 4% Obl. i. Fr. à 28 fr.	91⅝
Baden 5% Obligationen	104⅜	„ 4% „ i. Thlr. à 105 fr	91⅞
„ 4½% „	—	Rußland 5% Oblig. v. 1870	
„ 4% „	97½	£ à 12.	96
„ 3½% Oblig. v. 1842	92⅛	„ 5% dto. v. 1871	94
Bayern 4½% Obligat.	101⅜	Schweden 4½% dto. i. Thlr.	98⅛
„ 4% „	97	Schweiz 4½% Bern. Stteobl.	98¼
Württemberg 5% Obligation.	104⅞	**N.-Amerika 6% Bonds**	
„ 4½% „	101⅝	**1882r v. 1862**	98⅛
„ 4% „	97¾	**„ 6% dto. 1885r**	
Nassau 4% Obligationen	99	**von 1865**	100⅞
Gr. Hessen 4% Obligationen	99⅞	„ 5% dto. 1904r	
Oesterreich. 5% Silberrente		(10/40r v. 1864	97¼
Zins 4½%	65⅞	3% Spanische	18¼
„ 5% Papierrente		Bolle franz. Rente	—
Zins 4½%	61¼	1872 „ „	—

Aktien und Prioritäten.

Badische Bank	112⅝	5% Mähr. Grenzb.-Pr. i. S.	69⅞
Frankf. Bankverein	87½	5% Böhm. Westb.-Pr. i. Silb.	84½
Deutsche Vereinsbank	98	5% Elisab. B.-Pr. i. S. 1. Em.	85½
Provinzialdiskonto	88¾	5% dto. „ 2. Em.	88¼
Darmstädter Bank	395	5% dto. steuerfr. neue „	89¼
Oesterr. Nationalbank	1019	5% dto. (Neumarkt-Ried)	—
Württemb. Vereinsbank	144¾	5% Donau-Drau	64¾
Oesterr. Kredit-Aktien	248	**5% Frz.-Jos.-Prior.**	91⅜
Mitt. deutsch. Kred. Bank	110⅛	5% Kronpr. Rud.-Pr. v. 67/68	84½
Rheinische Kreditbank	109	5% Kronpr. Rudolf-Pr. v. 1869	83½
Basler Bankverein	89¾	**5% östr. Nordwstb. Pr. i. S.**	90⅜
Pfälzer Bankverein	98⅜	5% „ „ Lt. B.	—
Berliner Bankverein	—	Vorarlberger	82
Stuttgarter Bank	94	5% Ung. Ostb.-Prior. i. S.	—
Deutsche Effektenbank	117⅜	5% Ungar. Nordostb.-Prior.	62
Oestr.-deutsche Bank	87¼	5% Ungar.-Galiz.	66⅛
4½% bayr. Ostb. à 200 fl.	114⅝	Ungar. Eis.-Anl.	72¾
4½% pfälz. Marbahn 500 fl.	120	5% östr. Süd-Lomb.-Pr. i. Fcs.	86⅛
4% Hess. Ludwigsbahn	148¼	**3% östr. Süd-Lomb.-Pr.**	49¾
3½% Oberhess. Eisnb. 350 fl.	76⅜	5% österr. Staatsb.-Pr.	94
5% östr. Frz. Staatsb.	345½	3% österr. Staatsb.-Pr.	—
5% „ Süd-Lombard.	165	3% Livorn. Pr., Lit. C, D & D/.	—
5% „ Nordwestb.-A.	200¾	5% Rheinische Hypothekenbank	
5% Elisab. Eisenb. à 200 fl.	220¾	Pfandbriefe	99¾
5% Rud. Eisnb. 2. E. 200 fl.	—	4½% „	—
5% Böhm. Westb.-A. 200 fl.	227	6% Pacific Central	83
5% Frz. Jos. Eisenbahn	217¾	6% South Missouri	48¾

Anlehensloose und Prämienanleihen.

Bayr. 4% Prämien-Anl.	115⅞	Oestr 4% 250-fl.-Loose v. 1854	93½
Badische 4% dto.	114⅞	„ 5% 500-fl.- „ v. 1860	96¼
„ 35-fl.-Loose	70	„ 100-fl.-Loose von 1864	158
Braunschw. 20-Thlr.-Loose	22¾	Schwedische 10-Thlr.-Loose	15¼
Großh. Hessische 50-fl.-Loose	217	Finnländer 10-Thlr.-Loose	10⅛
„ „ 25-fl.- „	60	Meininger fl. 7.	8
Ansbach-Gunzenhausen. Loose	14¼	3% Oldenburger Thlr.-40-L.	—

Wechselkurse, Gold und Silber.

London 10 Pfd. St. 6%	118	Holländ. 10-fl.-St. fl.	9.52—54
Paris 200 Frcs. 6%	93½	Ducaten . . . „	5.30—32
Wien 100 fl. östr. W. **5%**	103¼	**20-Francs-St.** „	9.20½-21½
		Engl. Sovereigns „	11.47—49
Disconto . . . . . L.S. 4%		Russische Imperial „	9.40—42
Preuß. Friedrichsd'or fl.	9.56½-57½	Dollars in Gold „	2.24½-25½
Pistolen . . . „	9.36—38	Dollarcoupon . . „	—

Tendenz: still.

Berliner Börse. 30. Jan. Kredit 141¾, Staatsbahn 197½, Lombarden 94½, 82r Amerikaner —, 60er Loose —, Rumänier —, Galizier —. Tendenz: Februar-Kurse unentschieden.

Wiener Börse. 30. Jan. Kreditaktien 242.50, Staatsbahn —.—, Lombarden 162 —, Anglobank 163.—, Napoleonsd'or 9.02. Tendenz: sehr animirt.

☞ **Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite II.**

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Todesanzeige.

B.709. Mannheim. Verwandten und Freunden geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter,

Frau **Friederike Rieser,**

geborne von Manger,

gestern Abend halb zehn Uhr im Alter von 71 Jahren nach achttägiger schwerer Krankheit sanft verschieden ist.

Um stille Theilnahme bitten,

Mannheim, den 30. Jan. 1874,

Die trauernden Hinterbliebenen.

Karlsruhe — Spitalplatz.

Salon Agoston.

Täglich große brillante Vorstellung mit abwechselndem Programm.

Anfang 7½ Uhr. Kassenöffnung 6½ Uhr. Sonntags 2 große Vorstellungen um 4 und 7½ Uhr. Alles Nähere die Straßenplakate. B.697. 1.

---

in ½ | ¼ | ⅛ Originalflaschen mit goldgelben | rothen | weißen Staniolkapseln verschlossen empfiehlt allen Husten- und Brustleidenden &c. unter Garantie der Aechtheit angelegentlichst **Karlsruhe** bei **Theodor Brugier**, Waldstr. Nr. 10; **J. Käst**, Langestraße 54; **Adolph Schnapp**, Langestraße 233; **Paul Meyer**, Erbprinzenstraße 2a; **Heinrich Frey** in **Mühlburg**; **Ludwig Reissner** in **Durlach**; **Th. Brugier**, Z 6 Nr. 3 Neckarhafenstraße in **Mannheim**. B.444.

Gesuch.

Eine Familie in einer kleinen Stadt Badens wünscht bis Ostern zur Beaufsichtigung von 4 Kindern im Alter von 4—9 Jahren ein recht anständiges zuverlässiges Mädchen. Dasselbe muß in allen häuslichen und weiblichen Arbeiten bewandert sein und verstehen die Garderobe der Kinder selbständig zu unterhalten. Guter Charakter und Liebe zu Kindern die Hauptbedingung.

Offerten unter J. J. sind an die Expedition dieses Blattes zu richten. B.605. 3.

Gesuch. B.706.1. Für ein 7 Monat altes Kind wird ein gebildetes Frauenzimmer aus guter Familie als Pflegerin gesucht und belieben sich dafür Befähigte, die gut empfohlen sind, unter Chiffre ***U. 25.*** an die Annoncen-Agentur v. ***Rudolf Mosse*** (Gg. Ahles) in **Mannheim** zu wenden.

Ein solides Bankgeschäft in Frankfurt a. M.

läßt gegen billige Provision auf sich trassiren. Nähere Bedingungen unter B tx 5 poste restante Frankfurt a. M. B 705.1.

Café-Restaurant.

B.703.1. Ein tüchtiger cautionsfähiger Wirth wird für die sofortige Uebernahme eines in bester Lage einer Stadt am Mittelrhein zu errichtenden Cafés gesucht. Franco Offerten unter H 6021. befördert die Annoncen-Expedition v. ***Haasenstein & Vogler*** in ***Mannheim.***

Rastatt.

B.704.1. Eine sehr gangbare Schmiede mit sehr großer Kundschaft ist sogleich zu verpachten. Logis kann auch mit abgegeben werden.

Näheres Hauptstraße Nr. 105 bei Frau Himmel Wittwe.

Ein fetter Fasel

ist zu verkaufen in Neulußheim (Amt Schwetzingen) bei

B.707. Julius Stief.

B.467.3. Bruchsal.

Weinversteigerung.

Donnerstag den 5. Februar d. J., Vormittags 9 Uhr, läßt der Unterzeichnete sein Lager Pfälzer, Oberländer und franz. Weine verschiedener Jahrgänge ca. 80,000 Liter wegen Hausverkauf versteigern mit Borgfrist bis 1. Oktober d. J.

Albert Ebner.

B.604.2. **Mannheimer**

Schafmarkt

Dienstag den 3. Februar l. J.,

zu dessen Besuch die Schäfereibesitzer und Händler hiermit eingeladen werden.

H693a. Das Schafmarkt-Comité.

B.406.3. Mannheim.

Pfandbriefe

der

Rheinischen Hypotheken-Bank in Mannheim.

Nach Erlaß des Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen d. d. 1. August 1872, G. Bl. Nr. XXXII S. 308, sind die Pfandbriefe für die Anlegung von Mündelgeldern geeignet.

Die **5%** Pfandbriefe können zum **Paricourse,** die **4½%** Pfandbriefe zu **96¼** von der Bank und ihren Vertriebsstellen bezogen werden.

Alle Vertriebsstellen lösen die Coupons spesenfrei ein.

Die Ein- und Umschreibung der Pfandbriefe auf Namen und zurück auf den Inhaber geschieht gebührenfrei.

Zu Vertriebsstellen haben wir

die Filiale der Rheinischen Credit-Bank; die Herren:
**Heinrich Müller, J. L. Seeligmann & Söhne und
Eduard Kölle in Karlsruhe** ernannt.

Rheinische Hypotheken-Bank.

B.530.6. **Karlsruhe. Unser amerikanisches Incasso- und Passage-Geschäft bietet Reisenden und Auswanderern nach Amerika bei prompter Beförderung die günstigsten Bedingungen.**

K. Schmitt & Sohn,

Neue Nr. 32 Karlsstraße, Karlsruhe.

Bierpreise

der **Hofbrauerei des Deutschen Porter und Lagerbiers** von

Johann Hoff,

Commandit-Gesellschaft auf Actien,
in Berlin, Neue Wilhelmsstraße 1.

Hoff's deutsches Porterbier	12 Fl.	1 Thlr.	excl.
" **Ale** (feinstes Tafelgetränk)	10 "	1 "	"
" **deutsches Lagerbier**	30 "	1 "	"
" " **Kaiserbier**	24 "	" "	"

Loco Berlin frei in's Haus.
Wiederverkäufern extra Rabatt. B.399.3.

Pacht-Gesuch.

B. 625. 2. Eine Mühle mit zwei bis drei Mahlgängen, gut eingerichtet, in einer Fruchtgegend, einer vorzüglichen Geschäftslage, wird auf mehrere Jahre zu pachten gesucht.

Nähere Auskunft ertheilt die Expedition dieses Blattes.

B.644.3. Philippsburg.

Bruchsal-Germersheimer Eisenbahnbau.

Aufseher und Unterakkordanten für Planirungsarbeiten, sowie ein Maurerpalir für Kunstbauten zu sofortigem Eintritt gesucht.

Auch kann die Maurerarbeit an 4 Dohlen im Bahnhofe Rheinsheim, zusammen veranschlagt zu . . . . 3741 fl. 12 kr. in Unterakkord vergeben werden. Näheres bei Unterzeichnetem.

Philippsburg, den 25. Januar 1874.

Ch. B. Speyerer,
Bauunternehmer.

B.700. Denzlingen.

Schnittwaaren-Verkauf.

Bei Unterzeichnetem sind folgende eichene Schnittwaaren zu verkaufen: Diehlen, 9''' altbadisch Maß, 20''', 15''' und 13''' stark und 16' bis 18' lang.

Denzlingen, Amt Emmendingen, den 27. Januar 1874.

Georg Eberle, Zimmermeister.

Stangenversteigerung.

B.710.1. Die Fürstlich Fürstenbergische Forstei Friedenweiler bei Neustadt im badischen Schwarzwalde versteigert

**Dienstag den 10. Februar 1874,
Vormittags 10 Uhr,**

im Gasthause zu Friedenweiler aus den Fürstlichen Walddistrikten Krähenbacherwald, Ganters Sommerwald, Ketterersbusch, Ganters Winterwald, Ebenewald u Balzenwald 2523 Hopfenstangen I. Klasse, 3137 Hopfenstangen II. Klasse, 2369 Hopfenstangen III. Klasse und 3000 Rebstecken. Sämmtliche Stangen befinden sich an den Holzabfuhrwegen und werden auf Verlangen von den Waldhütern Jäger in Krähenbach und Braun in Langenordnach vorgezeigt. Zur Zahlung wird bis 1. August 1874 Frist gegeben. H6034a.

B.685. Meissenheim.

Holzversteigerung.

Die Gemeinde Meissenheim, Amts Lahr, versteigert am

Montag den 2. Februar d. J.,
Nachmittags 2 Uhr,

in ihrem Gemeindewald Schlag Nr. 6:

36 Stämme Eichen, ganz schön,
6 " Buchen,
3 " Kirschbäume,
3 " Ulmen

von 0,16 bis 10,27 Festmeter haltend, und
2 Ster eichenes Küferholz.

Meissenheim, den 27. Januar 1874.

Der Gemeinderath.
Haes.

B.601.2. Karlsruhe.

Holzlieferung.

Wir suchen zu kaufen:

1060 Stück forlene Schwellen,
0,15 : 0,30 Meter stark, 2,4 Meter lang.

Die Lieferungsbedingungen können auf unserem Bureau eingesehen werden, woselbst auch Offerten bis spätestens **Mittwoch den 4. Februar d. J.** abgegeben werden wollen.

Städtisches Wasser- und Straßenbauamt Karlsruhe.

B.597.2. Nr. 17. Ettlingen.

Holzversteigerung.

Aus Distrikt II, Unterharberloch Schlag 25, Ettlinger Stadtwaldes, werden mit Borgfrist bis 1. Juli l. J. nachstehende Hölzer versteigert werden,

Mittwoch den 4. u. Donnerstag den 5. Februar l. J.:

37 Eichen I. Klasse, vorzüglicher Qualität, mit 117 Festmeter Inhalt,
20 Eichen II. Klasse,
28 dto. III. Klasse,
33 Rothbuchen,
101 Hainbuchen,
42 Ahorne,
10 Eschen,
1 Rusche,
1 Birke,
36 Erlen,
178 gemischte Laubholzstangen und
12 Ster eichene Scheiter.

Zusammenkunft jeweils Morgens 10 Uhr am Holzschlage.

Waldhüter Kast von hier zeigt inzwischen das Holz auf Verlangen vor.

Ettlingen, den 23. Januar 1874.

Stadtbezirksforstei.
v. Stetten.

B.686.1. Nr. 26. Böhringen bei Radolfzell, Amts Konstanz.

Eschenholzstämme-, Eschenholzstangen-, Erlen- und Hainbuchstämme-Versteigerung.

Aus diesseitiger Gemeindewaldung, Distrikt Schittelen, kommen an nachgenannten Tagen unter Borgfrist bis 1. September d. J. zum Verkauf:

1) Am Donnerstag den 5. Febr. d. J., Vormittags 9 Uhr, 232 Eschenholzstämme, 868 Eschenholzstangen, 7 Erlen u. 2 Hainbuchstämme;
2) am Freitag den 6. Februar d. J., Vormittags 9 Uhr, ebendaselbst 218 Eschenholzstämme, 847 Eschenholzstangen, 3 Erlen und 16 Hainbuchstämme.

Sämmtliche Stämme haben an 15 bis 35 Centimeter Stärke und von 6 bis 15 Meter Länge, die Eschenstangen in verschiedener Stärke und Länge.

Die Zusammenkunft ist im Walde selbst und laden wir die nahen und entfernteren Steigerungsliebhaber mit dem Anfügen gefälligst ein, daß die besagte Waldung an der Landstraße von Radolfzell nach Singen und Stockach liegt, und eine ¼ Stunde von der Eisenbahnstation Radolfzell entfernt ist, somit die Abfuhr und Transport erleichtert ist.

Böhringen, den 26. Januar 1874.

Der Gemeinderath.
Bürgermstr. Schmid.

B.688. Nr. 31. Balg.

Nutz- und Bauholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Balg versteigert am

Dienstag den 3. l. Mts.

in ihrem Gemeindewald, Distrikt I Hartberg, folgendes Nutz- und Bauholz, und zwar:

1) 120 Stück Eichen, worunter sich circa 18 Stück über einen Festmeter befinden;
2) 293 Stück tannenes Bauholz, worunter circa 50 Stämme Forlen sich befinden;
3) 4 Stück Sägstämme;
4) 9 Stück Gerüststangen.

Die Zusammenkunft ist am hiesigen Rathhaus, wozu man die Liebhaber einladet.

Balg, den 27. Januar 1874.

Das Bürgermeisteramt.
Merkel.
vdt. Merkel, Rathschr.

B.665.1. Oberacker, A. Bretten.

Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Oberacker läßt am

Donnerstag den 5. Februar d. J., Vormittags 11 Uhr anfangend, in ihrem Gemeindewald Distrikt II., Frauenwald, gegen Baarzahlung vor der Abfuhr

29 Stämme Eichen, zu Holländer-, Bau- und Nutzholz geeignet,

versteigern.

Zusammenkunft auf der Hiebsfläche.

Oberacker, den 27. Januar 1874.

Das Bürgermeisteramt.
Weis.
Weber, Rathschrbr.

Verm. Bekanntmachungen.

B.702.1. Achern.

Vergebung von Eisenkonstruktionen.

Wir beabsichtigen die Lieferung und Aufstellung der Eisenkonstruktionen zu zwei Brücken über die Rench bei Ibach im Gesammtgewichte von ca. 430 Zentner im Soumissionswege zu vergeben.

Die Pläne, Eisenverzeichnisse und Lieferungsbedingungen liegen auf unserem Bureau zur Einsicht auf und sollen die Angebote längstens bis zum 16. Februar l. J., Vormittags 10 Uhr, bei uns eingereicht werden.

Achern, den 29. Januar 1874.

Großh. bad. Wasser- und Straßenbau-Inspektion.
Riegler.

B.680.1. Nr. 197. Mannheim.

Großh. Bad. Staatseisenbahnen.

Eisenbahnbau von Bruchsal nach Germersheim.

Vergebung von Hochbau-Arbeiten.

Zu Folge höheren Auftrages sollen die Bauarbeiten zu der Herstellung des Aufnahmsgebäudes, sowie des Oekonomie- und Abortgebäudes der Haltstelle Rheinsheim zur Ausführung vergeben werden.

Die einzelnen Arbeiten sind veranschlagt wie folgt:

1. Maurerarbeit . .	9,296 fl.	57 kr.
2. Steinhauerarbeit .	2,119 fl.	25 kr.
3. Gypserarbeit . . .	1,323 fl.	38 kr.
4. Zimmerarbeit . .	3,642 fl.	36 kr.
5. Schreinerarbeit . .	1,882 fl.	42 kr.
6. Glaserarbeit . . .	770 fl.	45 kr.
7. Schlosserarbeit . .	927 fl.	17 kr.
8. Blechnerarbeit . .	487 fl.	22 kr.
9. Schieferdeckerarbeit .	855 fl.	43 kr.
10. Anstreicherarbeit . .	593 fl.	56 kr.
Gesammtbetrag	21,900 fl.	21 kr.

Pläne, Voranschläge und Bedingungen liegen in Graben auf dem Bureau für den Hochbau zur Einsicht auf.

Lusttragende Bewerber haben ihre Angebote, in Prozenten des Voranschlags ausgedrückt, schriftlich, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis längstens

Montag den 9. Februar d. J.,
Nachmittags 4 Uhr,

auf obigem Bureau einzureichen, woselbst auch zu der genannten Zeit die Submissionsverhandlung stattfinden wird.

Mannheim, den 27. Januar 1874.

Großh. bad. Eisenbahnbau-Inspektion.
Steinam.

B.699.1. Mannheim.

Ausschreiben

für

zwei Straßenmeister-Stellen

beim Kreise Mannheim.

Der Kreis Mannheim stellt für die Vizinalstraßen des Kreises zwei Straßenmeister unter denselben Bedingungen, wie dies Seitens der Staatsbehörden geschieht, auf. Die Anstellung erfolgt durch den Kreisausschuß. Der eine Bezirk umfaßt das Bezirksamt Schwetzingen und einen Theil des Bezirksamts Mannheim, der zweite den andern Theil des Bezirksamts Mannheim und das Bezirksamt Weinheim.

Die Bewerber haben die gleichen Eigenschaften nachzuweisen, wie die Staatsstraßenmeister.

Wir fordern die Bewerber auf, binnen 3 Wochen bei dem Kreis-Ausschuß Mannheim ihre Eingaben unter Anlage der Zeugnisse einzureichen.

Mannheim, den 22. Januar 1874.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Mannheim:
A. Lamey.

B.701. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Den Bau der Eisenbahn von Bruchsal nach Germersheim

hier

die Abtretung von Liegenschaften auf Gemarkung Neudorf betr.

Nach Vorschrift des Art. 9 des Gesetzes vom 29. März 1838 (Reg.Bl. 1838 Nr. XIV) wird hiermit bekannt gemacht, daß folgende, zur Anlage der Eisenbahn von Bruchsal nach Germersheim auf Gemarkung Neudorf erforderlichen Liegenschaften im gütlichen Wege nicht erworben werden konnten, und zwar:

Plan Nr.	Eigenthümer und deren Wohnort	Gewann	Kulturart	Flächenmaß des in die Anlage fallenden Theils. A.	M.
XI	August Heil von Neudorf . .	oberes Sandfeld	Acker	.	37,0
174	do.	"	"	.	55,3
196	do.	"	"	.	60,5
XV	Donatius Heil von da	"	"	.	64,6
141	do.	"	"	.	95,0
142	do.	"	"	1	3,2
282	do.	Kohlenbrenner Acker	"	1	34,9
XXI	Nikolaus Heilig, ledig, von da .	oberes Sandfeld	"	.	33,9
240	Leopold Heilig I. von da . .	Kohlenbrenner Acker	"	5	5,0
258	Crescentia Heilig do. . . .	"	"	2	23,0
19	Matthäus Kistner I. von da .	oberes Sandfeld	"	.	95,0
XXVI	do.	"	"	.	64,1
26	do.	"	"	1	71,6
37	do.	"	"	.	86,4
77	do.	"	"	.	56,5
89	do.	"	"	.	40,7
143	do.	"	"	1	10,5
166	do.	"	"	.	59,4
175	do.	"	"	.	77,0
178	Karl Ludwig Müller von da . .	"	"	1	26,5
216	Vinzens Siegel " " .	"	"	.	90,7
222	do. " " .	"	"	.	77,9
223	do. " " .	"	"	.	85,0
239	Josef Stein " " .	Kohlenbrenner Acker	"	5	65,0
150	Josef Decker " " .	oberes Sandfeld	"	.	84,0

Karlsruhe, den 26. Januar 1874.

Der Vorstand der Expropriations-Commission.
L. Cron.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)